

Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit – Chancen, Hindernisse und Risiken

Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit: Wer diese beiden Begriffe in einem Atemzug nennt, sieht sich zumeist der Frage ausgesetzt, was diese beiden Bereiche miteinander zu tun haben. Die Frage scheint zunächst berechtigt, denn es bestehen ja durchaus nicht unerhebliche Unterschiede. Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, dient dem Gemeinwohl und findet zumeist im öffentlichen Raum statt. Darüber hinaus ist es grundsätzlich unentgeltlich. Der Erwerbsarbeit gehen Menschen hingegen in erster Linie deswegen nach, um ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Neben diesen bestehenden Unterschieden bestehen jedoch auch vielfältige Zusammenhänge. Daher lohnt es durchaus sich die Frage zu stellen, wie diese beiden Bereiche zusammenhängen und wie eine Politik gestaltet werden muss, die sowohl dem bürgerschaftlichen Engagement als auch der Erwerbsarbeit einen angemessenen Rahmen setzt.

Zunächst kann man das bürgerschaftliche Engagement in den Vordergrund stellen und fragen, inwieweit Motivation und Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement von der Erwerbsarbeit abhängen. Es ist bekannt, dass sich Bürger eher engagieren, wenn sie über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Und dazu gehören neben der Bildung, die den größten Einfluss hat, auch Zeit und Geld, die maßgeblich mit der Erwerbsarbeit im Zusammenhang stehen. Insoweit stehen einerseits, mit Blick auf die Ressource Zeit, die Sozialpartner vor der Aufgabe, bei der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch die Vereinbarkeit mit Engagement ausreichend zu berücksichtigen. Andererseits, und das betrifft die Ressourcen Zeit und Geld gleichermaßen, steht auch die sozialpolitische Frage, wie eine Existenz sichernde Beschäftigung gewährleistet werden kann, in engem Zusammenhang mit einer dem Engagement förderlichen Politik. Hier ist die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gefragt, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen.

Warum aber sollte nun Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik engagementverträglich gestaltet werden? Die Rede von einer engagementverträglichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik darf nicht derart missverstanden werden, dass die Integration in den Arbeitsmarkt der Ausübung eines freiwilligen Engagements unterzuordnen wäre. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht allein Selbstzweck, sondern bietet die Möglichkeit, gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Zu diesen Herausforderungen gehören auch die Veränderungen im Erwerbsleben. Erwerbsarbeit unterliegt seit einiger Zeit Pluralisierungs- und Entgrenzungsentwicklungen. An-

stelle des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses, das sich durch Vollzeittätigkeit und Kontinuität auszeichnet, treten immer häufiger befristete Stellen, Projektarbeit und andere flexible Formen der Arbeit. Eine klare Trennung dieser verschiedenen Tätigkeiten oder eine Definition dessen was „gute Arbeit“ ist, ist kaum noch möglich. Diese Umwälzungen betreffen die Biographie des Einzelnen maßgeblich. Bürgerschaftliches Engagement bietet vielen die Möglichkeit Brüche und Übergangsphasen in ihren Biographien sinnvoll zu gestalten. Dabei kann dem Engagement eine sehr unterschiedliche Bedeutung zukommen.

Es gibt zum einen diejenigen, die nach Ende ihres Erwerbslebens auf der Suche nach einer sinnstiftenden Aufgabe sind und ihre im Beruf erworbenen Kompetenzen weiter in die Gesellschaft einbringen möchten. Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht diesen Leuten, ihre berufliche Tätigkeit im bürgerschaftlichen Engagement gewissermaßen zu verlängern. Es gibt aber auch diejenigen, die im bürgerschaftlichen Engagement gerade einen Ausgleich für eine hohe berufliche Belastung sehen. Eine besondere Rolle kann bürgerschaftliches Engagement für Erwerbslose spielen. Zum einen kann das Engagement eine Vorform der regulären Beschäftigung sein, sei es, weil die im Engagement erworbenen Kompetenzen zu einer regulären Anstellung führen oder weil aus der zuvor freiwilligen Tätigkeit ein Geschäftsmodell entwickelt werden kann, das dem Einzelnen sein Auskommen sichert. Das Engagement kann aber nicht nur Sprungbrett in die Beschäftigung sein, es kann für den Einzelnen – zumindest temporär – auch der Ersatz für eine fehlende Erwerbsarbeit sein, durch die er gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Auch hier stehen Sinnstiftung und gesellschaftliche Inklusion im Vordergrund.

Neben der Bedeutung für die Erwerbsbiographie des Einzelnen hat bürgerschaftliches Engagement Bedeutung für die Entwicklung der Sozialwirtschaft. Denn bürgerschaftliches Engagement kann fast alles, was Erwerbsarbeit auch kann. Es stiftet Sinn, qualifiziert, sichert soziale Teilhabe und trägt professionell zur Erledigung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben bei. Eines kann es aber nicht: die materielle Existenz des Einzelnen sichern. Mit der Figur des Sozialunternehmers ist derzeit wieder eine Figur prominent geworden, die mit ihrer gemeinwohlorientierten Grundhaltung der des Engagierten ähnlich ist. Der Sozialunternehmer arbeitet ebenfalls nicht profitorientiert und fungiert auch als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen, die staatlichen Akteuren und profitorientierten Unternehmen entgehen. Zugleich verbindet der Sozialunternehmer seine Gemeinwohlorientierung mit wirtschaftlichem Denken. Indem er anerkennt, dass die Kosten für seine Aktivitäten – und dazu gehören auch Gehälter für Beschäftigte – gedeckt sein müssen, professionalisiert er das gemeinwohlorientierte Engagement und schafft damit Arbeitsplätze. Es leuchtet aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive also unmittelbar ein, warum die Sozialwirtschaft, die meist aus bürgerschaftlichem Engagement heraus entsteht, unterstützt werden sollte. Aber auch aus engagementpolitischer Sicht scheint die Unterstützung der Sozialwirtschaft sinnvoll, bietet sie doch die Chance, bürgerschaftli-

ches Engagement aus der ungewollten Rolle des Lückenbüßers zu befreien. Denn Engagierte sind keine Gratisarbeiter.

Es gibt also mehrere Gründe, warum Engagementpolitik einerseits und Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik andererseits systematisch aufeinander abgestimmt werden sollten. Wie ist es aber um die Rahmenbedingungen tatsächlich bestellt? Hier kann man feststellen, dass in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zum Teil neue Hürden aufgebaut wurden. Mit der Politik des sogenannten „Forderns und Förderns“ sind Instrumente eingeführt, die eher auf Zwang als auf Freiwilligkeit setzen. Insbesondere die Einführung der sogenannten 1-€-Jobs hat die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement verschlechtert. Zum einen bleibt demjenigen, der von dieser Maßnahme betroffen ist, weniger Zeit für sein Engagement. Zum anderen geht von dieser Regelung ein Anreiz für die Träger dieser Maßnahmen aus, die sich negativ auf das Engagement in diesen Organisationen auswirken kann. Denn die hohen Umlagekosten, die den Organisationen für die Durchführung der Maßnahme erstattet werden, machen es attraktiv 1-€-Jobber zu beschäftigen. Dies birgt die Gefahr, dass die Organisationen anstelle der Engagierten, die sie nicht ohne weiteres wie Angestellte behandeln und anweisen können, die sogenannten 1-€-Jobber einzusetzen. Es besteht durchaus die Gefahr, dass Engagement verdrängt wird. Hier wäre zu überlegen, ob nicht von diesem Instrument der Arbeitsmarktpolitik Abstand genommen werden sollte.

Neben den Chancen, die bürgerschaftliches Engagement im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit bietet, bestehen gleichwohl auch einige Gefahren. Seit einiger Zeit ist eine Tendenz zur Bezahlung des Engagements zu beobachten. Dies kann dazu führen, dass bürgerschaftliches Engagement durch Einzelne für Erwerbszwecke genutzt wird, können sie doch z.B. durch Aufwands- und Übungsleiterpauschalen Ersatz Einkommen beziehen. Hier besteht die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement zu einer Art Niedriglohnarbeit wird. Dies ist weder aus engagementpolitischer Perspektive wünschenswert, da Unentgeltlichkeit und Freiwilligkeit als Charakteristika des bürgerschaftlichen Engagements untergraben werden, noch kann aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ein Interesse daran bestehen, dass durch einen Niedriglohnsektor reguläre Beschäftigung verdrängt wird. Geld ist zwar zweifelsohne ein wichtiger Faktor für gesellschaftliche Anerkennung. Angesichts der genannten Gefahren scheint aber zumindest aus engagementpolitischer Sicht die systematische Stärkung von Engagement fördernden Infrastrukturen die bessere Alternative im Vergleich zu einer Ausweitung der Pauschalen zu sein, wenn man Anreize für bürgerschaftliches Engagement setzen will.

Bürgerschaftliches Engagement hat also durchaus Potentiale für Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeit. Inwieweit diese ausgeschöpft werden können und die bestehenden Gefahren, die in einer Verquickung von Engagement und Erwerbsarbeit liegen, reduziert werden, hängt jedoch von den Rahmenbedingungen in der Arbeitsmarkt- und

Beschäftigungspolitik ab. Um die Frage beantworten zu können, wie diese Rahmenbedingungen ausgestaltet werden können, bedarf es aber gegenwärtig sowohl noch mehr wissenschaftlicher Erkenntnis über die Zusammenhänge zwischen Engagement und Erwerbsarbeit als auch einer intensiveren gesellschaftspolitischen Diskussion.

Thomas Olk ist Professor für Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Martin-Luther- Universität Halle-Wittenberg und Vorsitzender des BBE-Sprecherrates.

Kontakt: thomas.olk@paedagogik.uni-halle.de